Netzwerk nachhaltige Stadtentwicklung
Pressemitteilung

16.11.2025

Gesunde Daseinsvorsorge sollte an erster Stelle stehen!

Wie verbindlich sind Bebauungs(B)-Pläne, die von der Verwaltung u.a. dem Bauausschuss der Stadt Mainz vorgelegt und vom Stadtrat verabschiedet werden? Diese Frage stellt sich das Netzwerk nachhaltige Stadtentwicklung. Denn: Bebauungspläne sind rechtsverbindliche Satzungen, die eine Kommune aufstellt, um die städtebauliche Entwicklung festzulegen und u.a. "Wildwuchs" zu verhindern.
In der Bauausschusssitzung am 13. November zeigte sich beim aktuellen Bauantrag zum Hochschulerweiterungsgebiet allerdings, dass B-Pläne keineswegs so verbindlich sind, wie dies zu vermuten wäre. Denn in dieser Sitzung wurde mitgeteilt, dass auch für das vierte Bauvorhaben im sogenannten Hochschulerweiterungsgelände (B 158) an der Saarstraße eine Ausnahme genehmigt werden soll. Während die Höhe der Bebauung laut Bebauungsplan u.a. aus klimaökologischen Gründen auf maximal 14 m festgelegt wurde, darf das jetzt mit 21,5 Metern beantragte Gebäude diesen Wert um mehr als 50 Prozent überschreiten.

Wie verbindlich sind Bebauungspläne wirklich?
Das Netzwerk nachhaltige Stadtentwicklung, in dem sich 2022 einige Mainzer Umweltverbände und -initiativen sowie Privatpersonen - darunter auch Landwirte - zusammengeschlossen haben, zeigt sich irritiert darüber, dass bisher keines der beantragten und genehmigten Gebäude in der festgelegten Höhe bleibe, was nach Auskunft im Bauausschuss mit den Erfordernissen speziell von Laborbauten zu tun hat. Diese Vorgehensweise hatte bereits bei früheren Bauanträgen zu heftigen Diskussionen im Bauausschuss geführt. Zwar wird von der Verwaltung betont, dass zum Ausgleich der größeren Höhe die Gebäude schmaler werden sollen, so dass der Wind besser zwischen ihnen passieren kann und der Antrag daher genehmigt werden muss. Doch stellt sich die grundsätzliche Frage, wie verbindlich B-Pläne überhaupt sind, vor allem angesichts der weiteren Versiegelungen, die die Stadt nicht nur in der Bretzenheimer Ebene plant. Zurecht war 2023 nach der Genehmigung der höheren Bauweise des LAB 2 in einem Kommentar der Allgemeinen Zeitung zu lesen: "Es kann dadurch leicht der Eindruck entstehen, dass die beschlossenen Regelungen am Ende doch immer irgendwie umgangen werden könnten."

Weitere Bebauung auf hochwertigen Ackerböden geplant
Hinzu kommt, dass mit der Bebauung des Hochschulerweiterungsgeländes noch nicht das Ende der Bautätigkeiten in diesem Bereich erreicht ist: 2023 wurde ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt, der die wertvollen Ackerböden jenseits der Eugen-Salomon-Straße bis zur Bahnlinie, von der Saarstraße bis zum Stadion für weitere Biotechnologie-Ansiedlungen vorsieht.
Diese Fläche ist mehr als viermal so groß wie das Hochschulerweiterungsgelände. Laut Allgemeiner Zeitung vom 4. November kritisiert auch Günter Ingenthron, ehemaliger Leiter

des Stadtplanungsamtes, dass "50 Hektar klimatisch wertvoller Ackerflächen zur Ansiedlung weiterer Unternehmen" beplant werden sollen.
Entsprechend befremdet ist Edith Heller von MainzZero: "Wir verstehen nicht, wie unkritisch die Bebauung auf dem sogenannten Hochschulerweiterungsgelände B 158 gesehen wird. Mainz soll zur Biotechnologie-Hauptstadt werden – wie abhängig wir dann von den wirtschaftlichen Ergebnissen sind, haben wir im vergangenen Jahr sehr wohl gespürt. Ganz abgesehen von den gesundheitlichen Auswirkungen weiterer Versiegelung durch weiter ansteigende Temperaturen."
Obwohl gerade alle Medien voll mit Appellen der Wissenschaft sind, dass Klimaschutzmaßnahmen erheblich konsequenter verfolgt werden müssen, und obwohl Europa der Kontinent ist, der sich am schnellsten erwärmt, wird in Mainz unverdrossen weiter auf der 'Grünen Wiese' geplant - zwar unter Berücksichtigung des Klima- und Biodiversitätsschutzes, aber jeweils mit negativen Auswirkungen für das Gesamtsystem.
"Die Äcker im Außenbereich von Mainz sind als Kaltluftentstehungsgebiete klimarelevant. Die Stadt darf nicht länger in einer Art Salamitaktik eine kleine Verschlechterung an die andere reihen", erklärt Maren Goschke vom BUND Mainz.

On top: Zweiter Standort der Unimedizin an der „Draiser Senke“
Stattdessen werden nun Pläne der Unimedizin geprüft, einen zweiten Standort auf das ursprünglich als Medienpark vorgesehene Gelände unterhalb des ZDF direkt an der Draiser Senke zu bauen. Dabei sollen 23 ha versiegelt werden, in einem artenreichen und zum Spazierengehen genutzten Gebiet. Der Kaltluftstrom, der von hier gespeist wird, zweigt nachts Richtung geplante Erweiterung des Biotechcampus ab und fließt von dort durch das Gonsbachtal an Gonsenheim und Mombach vorbei bis an den Rand der Neustadt. Diese Bereiche werden unter zunehmenden Hitzetagen und Tropennächten leiden. Als möglicher Alternativstandort gilt wiederum eine Fläche in der Bretzenheimer Ebene.
"In der Ebene rund ums Stadion leben bedrohte Tierarten wie das Rebhuhn und auch einige Feldhamster. Ebenso sind Feldhase und Feldlerche hier zuhause", zählt Andrea Oppacher-Friedrich von der Nachhaltigkeitsinitiative Bretzenheim auf. "Der Acker ist ihr Lebensraum und der wird immer weiter eingeschränkt. Aber man muss wissen, dass das Artenleben unter der Erdoberfläche viel größer ist. Hier leben die Arten, die den Humus produzieren, den Boden auflockern und damit Landwirtschaft erst möglich machen“, betont Oppacher-Friedrich. Und weiter: „Das Artensterben findet auch im Boden statt. Eine entscheidende Ursache ist die Versiegelung, denn in versiegeltem Boden sterben sie ab. Dieser Boden ist praktisch nicht regenerierbar."

Das Netzwerk nachhaltige Stadtentwicklung sieht durchaus einen positiven Lernprozess bei der Stadt Mainz: Sie veranstaltet Bürgerbeteiligungen zur Klimaanpassung und zur Gesundheitsvorsorge für bedrohte Gruppen, man plant erheblich umweltfreundlicher als noch vor Jahren. Doch beim Klimaschutz muss sie nach Meinung des Netzwerks dringend konsequenter werden - auch an den Stellen, wo es auf den ersten Blick um wirtschaftliche Vorteile geht. Das Netzwerk gibt zu bedenken: der Schutz vor den Folgen der Klimakatastrophe, das Beseitigen der Schäden, ist erheblich teurer als die Vorsorge. Klimaschutz und Biodiversitätsschutz sollten nicht nur mitgedacht werden, sondern grundlegende Voraussetzung bei der Planung sein.

Diese Pressemitteilung wird getragen von:
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) Mainz
Engagierten Bürgerinnen und Bürger
MainzZero
Nachhaltigkeitsinitiative Bretzenheim (NiB)
Parents for Future Mainz (P4F)
SOLAWI MAINZ Solidarische Landwirtschaft Mainz e.V.

Für Nachfragen: Netzwerk nachhaltige Stadtentwicklung
<netzwerknachhaltigestadtentwicklungmz@systemausfall.org>